

Hier und Heute  
[14.03.2007]

Erstmals Interpellation in einem PDG-Ausschuss

## »Masterplan« für Unterrichtswesen

Zu einer Parlamentspremiere kam es am vergangenen Donnerstag am Eupener Kaperberg: Zum ersten Mal seit der Änderung der Geschäftsordnung im Dezember interpellierte ein Mitglied des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Regierung im Rahmen einer Ausschusssitzung. Bislang waren Interpellationen nur in Plenarsitzungen möglich.

Gerhard Palm (PJU-PDB), wollte von Unterrichtsminister Oliver Paasch (PJU-PDB) wissen, ob es einen Masterplan für das Unterrichtswesen gibt. Ein solcher Masterplan könne kurz und übersichtlich die Maßnahmen aufzeigen, die zur Steigerung der Unterrichtsqualität und zur Verbesserung der Chancengleichheit ergriffen werden oder geplant sind.

Marcel Strougmayr (SP) wies auf eine Reihe von Maßnahmen hin, die in den Masterplan aufgenommen werden müssten, so beispielsweise die Infrastruktur im Gemeinschaftsunterrichtswesen.

### **PISA deckte Schwachstellen auf**

Für Ecolo betonte Hans Niessen, ein Masterplan könne für das Unterrichtswesen hilfreich sein, sei aber nicht zwingend notwendig. Gabriele Thiemann-Heinen (CSP) mahnte an, der Masterplan solle alle gesellschaftlichen Aspekte umfassen, so unter anderem das Problem der Armut bei Kindern im Zusammenhang mit Leistungen im schulischen Bereich. In seiner umfassenden Antwort betonte Unterrichtsminister Paasch, sowohl der soziale Zusammenhalt in der Gesellschaft als auch die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes hingen entscheidend von der Bildungsqualität in der Gemeinschaft ab. Er forderte eine größere Wertschätzung für die Arbeit der Lehrpersonen. Trotz guter Ergebnisse für die DG in der PISA-Studie seien zwei Schwachstellen ausgemacht worden: Zu wenige Menschen verfügten nicht über die notwendigen Grundfertigkeiten im Lesen und Schreiben sowie Rechnen und dem Bildungswesen gelinge es noch nicht, soziale Unterschiede auszugleichen. Die Bildungschancen der Kinder hingen immer noch von der sozialen Herkunft der Kinder ab.

Paasch betonte, die Regierung habe deshalb ein Konzept mit einem zusammenhängenden Maßnahmenkatalog erarbeitet, der die Probleme im Unterrichtswesen mit einer wissensbasierten Bildungspolitik lösen solle.

### **Zahlreiche Zielvorgaben**

Die Vorgaben des Maßnahmenkatalogs seien die Festlegung verbindlicher Zielvorgaben für die Schulen, die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Schulen, die Schaffung der Voraussetzungen, damit eigenverantwortliche Schulen die Zielvorgaben in die Praxis umsetzen können, die interne und externe Evaluation der Schulen, die Unterstützung der Schulen durch externe Partner, z.B. PMS-Zentren und die Verbesserung der Studien- und Berufsberatungsangebote.